

WEIL ES UM
MEHR
GEHT!

TARIF
BEWEGUNG
2016

Warum können wir am 26. April nicht für Sie da sein? Warnstreik am 26. April 2016

**Sehr geehrte Fahrgäste,
sehr geehrte Bürgerinnen
und Bürger,
am 26. April beteiligen wir
Beschäftigten im öffentli-
chen Nahverkehr uns an
einem Warnstreik für un-
sere Tarifforderung.**

Dies ist uns besonders wichtig: Wir bestreiken nicht Sie – unsere hochgeschätzten Kunden. Dass von Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Dienst immer zuerst die Bürgerinnen und Bürger betroffen sind, bedauern wir. Unsere Arbeitgeber haben uns jedoch ein „Angebot“ vorgelegt, dass zu einer Reallohnsenkung führen würde: Drei Nullmonate, dann 1% Lohnerhöhung für 7 Monate in 2016 bedeuten 0,6 % aufs Jahr gerechnet. Ab Juni 2017 bieten sie 2 % an, was 1,2 % aufs Jahr bedeutet.

Daher sehen wir leider keine andere Möglichkeit, deutlich zu machen, wie wichtig unsere Forderung ist. Wir bitten Sie daher um Ihr Verständnis.

Wir tragen täglich Verantwortung für hunderte Menschenleben. Unsere Arbeit im Nahverkehr verlangt von uns in allen Arbeitsbereichen höchste Aufmerksamkeit, Freundlichkeit, Gelassenheit und Flexibilität. Immer neue Technik und hohe Ansprüche an den Service kommen dazu. Seit 2005 ist die Anzahl unserer Fahrgäste um über 9% gestiegen.

Wir sind sehr gern für Sie da, vom frühen Morgen bis tief in die Nacht, an 7 Tagen in der Woche, an 365 Tagen im Jahr. Aber wir „fahren auf der Felge“. Ein Arbeitsplatz im Nahverkehr ist belastend, deshalb muss mindestens die Bezahlung attraktiv sein. Bis 2020 müssen bundesweit 30.000 neue Fachkräfte eingestellt und ausgebildet werden. Wir konkurrieren hier mit anderen, besser bezahlten Branchen. Wir benötigen eine deutliche Steigerung unserer Tabellenentgelte, um die Differenz zur Einkommensentwicklung in der Privatwirtschaft zu reduzieren. Deshalb fordern wir eine Entgelterhöhung von 6%.

Geld ist genug da. Für 2015 wird mit einem Haushaltsüberschuss von knapp 30 Milliarden Euro gerechnet, wovon auf den Bund 21,5 Milliarden und auf die Kommunen 3,2 Milliarden entfallen. Darüber hinaus wird 2017 ein Steuerplus für die Kommunen von 7 Prozent erwartet. Wenn dieses Geld nun zur Haushaltskonsolidierung benutzt werden soll, dann um die Schulden zu tilgen, die durch die Steuermilliarden zur Bankenrettung und durch Steuererleichterungen für Vermögende und große Unternehmen entstanden sind. Notwendig sind dagegen die Bekämpfung von Steuerflucht, eine gerechte Besteuerung von Unternehmen und Vermögenden, sowie die Besteuerung von Finanzmarktspekulationen zur Finanzierung guter öffentlicher Dienste für Sie alle und einer fairen Bezahlung für die Beschäftigten.

Wir bitten um Ihr Verständnis und setzen auf Ihre Unterstützung!

Presserechtlich verantwortlich:

vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Fachbereich Verkehr,
zuständig für Essen und Mülheim-Oberhausen, Büro: Teichstraße 4a, 45127 Essen,
Rainer Sauer, Gewerkschaftssekretär

ver.di